Nr. 160 XXVIII. Jahrgang — Sonntag, 27. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung
Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 18 5 28, 13 6 38, 13 5 97, 17 1 66. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2050. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundzeile 22 mm breit M. 2.—, für das Ausland M. 10.—, Reklamezeile 61 mm breit M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 30.—. Bei Ziffern- oder Nachweis 10 v. H. Preisaufschlag. Beilagegebühr für Buchhändleranzeigen 20 M. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.80, vierteljährlich M. 13.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.40, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Die Heeresverminderung

Rücktrittsabsichten Dr. Geßlers?

[4] **Berlin**, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Entgegen anderslautenden Zeitungsnachrichten dürfte es jetzt feststehen, daß sich Reichswehrminister Dr. **Geßler** mit **Rücktrittsabsichten** trägt, weil er die Verantwortung für die schnelle Herabsetzung des Heeres auf 100 000 Mann nicht glaubt übernehmen zu können. Wie verlautet, soll Reichswehrminister Dr. Geßler dem Reichskanzler Fehrenbach bereits seine Demission eingereicht haben, die dieser aber, in der Hoffnung, den Minister noch umstimmen zu können, bisher nicht bekanntgab.

*

Drei Noten auf einmal haben die alliierten Regierungen neuerdings überreichen lassen. Alle drei beschäftigen sich mit der deutschen **Abrüstung**. Die deutsche Heeresstärke soll danach unwiderruflich auf 100 000 Mann herabgesetzt, die Sicherheitswehren und Einwohnerwehren sollen restlos aufgelöst und dafür dürfen die schon vor dem Kriege vorhandenen Polizeimannschaften von heute 80 000 auf künftig 150 000 Köpfe gebracht werden. Besonders verlangt wird außerdem noch die **Abschaffung der Wehrpflicht durch ein eigenes Gesetz.**

Die letztgenannte Forderung beweist ganz klar, wie mangelhaft unsere Feinde von gestern und unsere Gegner von heute über die deutschen Verhältnisse unterrichtet sind. Sie müßten sonst wissen, daß schon nach der neuen Reichsverfassung und dem vorläufigen Wehrgesetz die Wehrpflicht in Deutschland beseitigt ist. Wissen Sie das wirklich nicht? Oder halten sich die Herren Franzosen erst für ganz gesichert, wenn noch ein weiteres Gesetz die deutsche Wehrpflicht ein drittes Mal erschlägt? Oder ist es wieder nur die Sucht, uns zu demütigen, und uns klar zu machen, daß dem Sieger selbst Eingriffe in unsere Gesetzgebung gestattet sind. Wir sehen nicht ein, wozu wir den überängstlichen Franzosen zu Liebe etwas tun sollen, was bereits ausdrücklich durch die Verfassung getan worden ist.

Noch ernster und gefahrdrohender ist aber das hartnäckige Bestehen auf der **Verkleinerung der deutschen Heeresmacht auf hunderttausend Mann.** Wir verlangten Bewilligung von zweihunderttausend Mann. Selbst die Tschecho-Slowakei und Polen haben weit stärkere Heere. Gegen sie könnten wir nicht einmal mit zweihunderttausend Soldaten unsere Grenzen nachdrücklich verteidigen, geschweige mit der Hälfte! Mehr noch! Mit hunderttausend Soldaten kann die deutsche Regierung in diesen aufgeregten Zeiten nicht einmal im Innern die Ruhe verbürgen. Wir lesen täglich, daß an allen Ecken und Enden Putsche und Krawalle aufflackern. Solange sie örtlich beschränkt bleiben, mag die Ordnungspolizei genügen, um sie niederzuhalten. Aber wer weiß das? Wir haben Erfahrungen im Ruhrgebiet und wir haben — leider — höchst sorgenvolle Nachrichten aus Mitteldeutschland. Die waffenfähigen Männer sind aber aus langem Kriege heimgekehrt, wohlvertraut mit dem Waffengebrauch jeder Art. Auch in Bayern gärt es gefährlich. Und über beabsichtigte russisch-bolschewistische Feldzugspläne gegen Polen kursieren sehr beunruhigende Gerüchte. Wie wenig können hunderttausend Mann helfen!

Dazu kommen die ungeheuren technischen Schwierigkeiten, in den gegenwärtig wirtschaftlichen Nöten abermals hunderttausend waffengeübte Männer plötzlich vor das Nichts zu stellen! Vor kurzem erst sind die Freikorps aufgelöst worden; die praktischen Erfahrungen dabei lassen nichts Gutes erhoffen, wenn jetzt gegen ihren Willen neue Hunderttausende ohne Beruf und Verdienstmöglichkeit plötzlich heimgeschickt werden sollen. Wir haben genug Unzufriedene und Verbitterte unter der deutschen Bevölkerung, auch ohne diese neue, gewaltige Schar.

Aber alle feindlichen Zumutungen werden **weit in den Schatten gestellt durch die letzte Forderung, daß wir nach der Auflösung unserer Einwohnerwehr auch die Sicherheitswehren entlassen sollen.** Dafür will man unsere Polizei als örtlichen und regionalen Schutz endgültig von achtzigtausend auf hunderfünfzigtausend Mann zu bringen gestatten. Aber diese Ordnungspolizei ist ausschließlich mit Revolvern ausgerüstet. Gewehre, Maschinengewehre und Kanonen führt sie nicht. Infolgedessen vermag sie allenfalls mit dem verbrecherischen Zivilhagel einer Großstadt fertig zu werden, nimmermehr aber kann sie größere Aufstände niederschlagen, die plötzlich ganze Gegenden angreifen, oder die gar planmäßig von verantwortungslosen Gewaltpolitikern vorbereitet sind. Auch wenn die Polizeitruppe auf die doppelte und dreifache Höhe der jetzt gütigst angebotenen Ziffer gebracht würde, könnte sie diese Aufgabe nicht bewältigen. Daß aber heute jeden Tag eine solche Aufstände in Deutschland erstellt werden kann — wer wollte daran zweifeln?

Eine höchst unbequeme Begleiterscheinung für die deutsche Republik ist bei diesen höhnisch frechen Versuchen, der Entente die Notwendigkeit von 200 000 Mann für Deutschland klarzumachen, der Umstand, daß über diese Frage abermals eine Ministerkrise auszubrechen droht. Kaum ist das neue Kabinett gebildet, kommt auch schon die „Voss. Ztg." die Nachricht, der Reichswehrminister Dr. **Geßler** habe wegen der abermals erfolgten Forderung der Entente auf Herabsetzung unseres Heeresbestandes beim Reichskanzler Fehrenbach seinen Rücktritt angeboten. Von zuständiger Seite wurde hierauf zwar mitgeteilt, Dr. Geßler sehe die durch die neuen Noten der Entente geschaffene Lage als außerordentlich ernst an, von einem Rücktrittsgesuch sei jedoch amtlich nichts bekannt. Aber aus der Welt geschafft wird durch ein solches Dementi die Gefahr einer drohenden Reichswehrministerkrisis nicht, denn es ist nicht abzusehen, wie unter den geschilderten Verhältnissen ein Reichswehrminister die Verantwortung für Ruhe und Sicherheit in der deutschen Republik auf die Dauer tragen soll, wenn er sich auf nicht mehr als nur 100 000 Mann Reichswehr stützen kann. Darauf deutet auch das obenstehende Telegramm.

Wir haben oft genug unsern Friedenswillen betont und glauben, daß für jeden, der sehen will, der Friede unserer Nachbarn im Westen wie im Osten durch unsere innerpolitischen Verhältnisse für immer garantiert erscheint, wenn sie nur den Frieden wollen. Wir sind stolz darauf, durch diesen letzten fürchterlichen Krieg uns zu einem Volk mit überwiegend pazifistischer Neigung entwickelt zu haben, und vertreten demnach diese Tendenz vor aller Welt. Nun ist es aber an der Entente, dafür zu sorgen, daß diese Entwicklung bei uns nicht wiederum in das Gegenteil verkehrt wird durch eine Benachteiligung der deutschen Volkswirtschaft von innen und außen. Sie ist aber auf dem besten Wege, diesen — für selbst unerwünschten Erfolg hervorzurufen, wenn sie nicht endlich einsieht, daß auch der Besiegte ein Mann zu treffen.

mal recht haben kann mit seinen Forderungen, zumal wenn es sich um innere Fragen handelt, die nur er selbst beurteilen kann.

*

Verstärkte Ueberwachung

⊙ **Genf**, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) „Echo de Paris" meldet: Der Alliiertenrat hat eine **Vermehrung der Mitglieder der militärischen Ueberwachungskommissionen in Deutschland um 18 Offiziere** beschlossen. Jede **Spezialwaffe** soll in Zukunft durch einen bevollmächtigten Offizier vertreten sein; um weiteres Umgehen der militärischen Vertragsverpflichtungen Deutschlands unmöglich zu machen.

*

Eine deutsche Note zur Abrüstung

B. **Berlin**, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) **Auf die letzten Noten der Alliierten über die Abrüstung in Deutschland wird die deutsche Regierung um eine nochmalige Verlängerung der Frist für Reduzierung der Reichswehr auf 100 000 Mann sowie um Aufhebung des Beschlusses nach Auflösung der Sicherheitswehren die Entente ersuchen.**

*

Unsre Festungen

* **Berlin**, 26. Juni. Ueber das Schicksal unsrer Festungen schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" u. a., daß außer den uns belassenen fünf Festungen, die mit schwerer Artillerie bestückt werden dürfen, die übrigen Festungen an der Ost- und Südfront erhalten bleiben sollen, allerdings **ohne schwere Bestückung**. Es schweben zur Zeit noch Verhandlungen mit den Verbandsvertretern darüber, daß die Festungen an der Süd- und Ostfront mit leichter Artillerie bestückt werden können. In der 5-Kilometer-Zone im unbesetzten Gebiet müssen die Festungen ebenso wie im besetzten Gebiet geschleift werden.

Die Ernennung der Minister

Die Kabinettskrise hat endlich ihre Lösung gefunden. Die von uns bereits im größten Teil unserer Donnerstagausgabe genannten Herren wurden vom **Reichskanzler zu Ministern ernannt**. Das Kabinett Fehrenbach setzt sich somit, um es nochmals zu wiederholen, folgendermaßen zusammen:

Reichsjustizminister: Dr. **Heinze**, betraut mit der Vertretung des Reichskanzlers,
Reichsminister des Auswärtigen: **Simons**,
Reichsminister des Innern: Dr. **Koch**,
Reichsfinanzminister: Dr. **Wirth**,
Reichsernährungsminister: **Hermes**,
Reichspostminister: **Giesberts**,
Reichsverkehrsminister: **Groener**,
Reichswehrminister: Dr. **Geßler**,
Reichswirtschaftsminister: Dr. **Scholz**,
Reichsschatzminister: v. **Raumer**.

Die Besetzung des **Wiederaufbauministeriums** ist noch vorbehalten. Die Verhandlungen über die Besetzung des **Reichsarbeitsministeriums** werden im Laufe abgeschlossen sein. Das Kabinett wird heute Sonnabend zu seiner ersten Sitzung zusammentreten und sich entsprechend den Beschlüssen des Seniorenkonvents am Montag dem Reichstag vorstellen.

Ueber das Kabinett ist während seines mühseligen Zustandekommens soviel geschrieben worden, daß sich Neues nicht mehr sagen läßt, besonders da, wie wir bereits einmal betonten, die einzelnen Persönlichkeiten durch ihre politische Tätigkeit schon bekannt sein dürften. Nun kommt es darauf an, zu sehen, wie sich die verschiedenen Parteirichtungen aufeinander einspielen werden, damit eine arbeitsfähige Regierung von einiger Lebensdauer zustandekomme. Das Regierungsprogramm wird am Montag ein Bild über diese Zusammenarbeit geben und wird Gelegenheit bieten, zu der neuen Regierung nochmals Stellung zu nehmen.

*

Die Vertrauensfrage wird vermieden

+ **Berlin**, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Am Montag wird sich die neue Regierung dem Reichstag vorstellen. Auch wird der Reichskanzler an diesem Tage seine programmatische Erklärung abgeben, die heute Sonnabend endgültig formuliert werden soll. Die Form der Beantwortung dieser Erklärung steht noch nicht fest; es sind darüber noch Besprechungen im Gange. Es ist beabsichtigt, kein ausdrückliches Vertrauensvotum zu erteilen, sondern eine allgemeine Fassung zu wählen, durch die die Stellung der Reichsregierung ausreichend gestützt wird und die wohl mit geringem Widerspruch angenommen werden dürfte.

*

Demokratische Vertreter im Hauptausschuß

+ **Berlin**, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die demokratische Fraktion entsendet in den Hauptausschuß des Reichstages drei Vertreter, und zwar als ständigen Vertreter Dr. **Pachnicke**. Die beiden andern Vertreter wechseln je nach dem Verhandlungsgegenstand. Für die Finanzfragen sind **Dernburg** und **Blunck** ausersehen, letzterer wird die Fraktion auch im Geschäftsordnungs-Ausschuß vertreten.

*

Fehrenbach erkrankt

Wie aus Berlin gemeldet wird, ist im Verlaufe des Freitags eine **Unpäßlichkeit des Reichskanzlers** Fehrenbach eingetreten, die ihn zwingt, vorläufig das Bett zu hüten. Offenbar ist diese Erkrankung auf die Aufregungen der letzten Tage zurückzuführen.

Erregung über den Steuerabzug vom Lohn

+ **Berlin**, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Infolge der wogenden Erregung der Bevölkerung über den Steuerabzug berieten gestern die Reichstagsparteien über diese durch die Einführung des Lohnabzuges und seine unzureichende Vorbereitung geschaffenen Schwierigkeiten. Es wurde die Aufhebung des Steuerabzuges oder Verschiebung auf einen späteren Termin erwogen. Beide Vorschläge scheiterten jedoch am Widerstande des Finanzministers. — Im **Reichstag** ist ein interfraktioneller Antrag eingebracht worden, der darauf hinwirkt, daß beim zehnprozentigen Steuerabzug die drückenden Härten dieses Verfahrens nach Möglichkeit gemildert werden sollen, und zwar **vor allem mit Rücksicht auf den Familienstand**. Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, ist der Reichsfinanzminister Wirth grundsätzlich bereit, auf diese Forderungen einzugehen und eine entsprechende Vereinbarung zu treffen.

Die Lebensmittelunruhen

Am Rhein und Main

ITA. **Köln**, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Lebensmittelunruhen in den verschiedensten Gegenden Deutschlands nehmen **sehr ernsten Charakter** an. In einzelnen oberrheinischen Städten kam es gestern zu wilden Ausschreitungen. In **Mainz** ging die **Polizei mit blanker Waffe** vor, konnte jedoch nichts ausrichten. In zahlreichen Fällen setzten sich die Händler und Händlerinnen auf ihre Gemüsekarren, weil sie absolut nicht im Preise herabgehen wollten und weil sie auch den Schutz der französischen Polizei erhofften, eine Annahme, die sich als irrig erwies. Die französische Polizei greift nicht ein, solange es sich um örtlich begrenzte Selbsthilfe handelt und solange keine Straßenplünderungen entstehen. Da Unruhen befürchtet werden, sind die heutigen Wochenmärkte aufgehoben worden.

W **Mainz**, 26. Juni (Eig. Drahtbericht.) Der ganz unerhörte Formen annehmende Obstwucher führte gestern auf dem **Mainzer Wochenmarkt zu Ausschreitungen**, die in der Geschichte der Stadt Mainz wohl einzig dastehen dürften. Die von WTB. bereits gemeldete **streng organisierte Selbsthilfe der Verbraucher** war von langer Hand vorbereitet und führte schon in aller Frühe, als die ersten Verkäufer und Händler auf dem Markt eintrafen, Tausende von Arbeitern auf den Markt. Der große Arbeiterstreik der Gustavsburger Waggonfabrik kam den Vorgängen zustatten. Am Anfang ging alles nach dem Plane der organisierten Arbeiterschaft mit einer gewissen Ordnung vor sich. Die Massen verteilten sich sofort über den ganzen Markt. An jedem Verkaufsstand sammelten sich Gruppen von Männern, Frauen und Kindern. Beauftragte Männer **beschlagnahmten alle Waren**, für die Wucherpreise gefordert wurden, und verkauften sie zu angemessenen Preisen. **Kirschen zu 60 Pf., Erdbeeren und Himbeeren zu 1 M., Spargel zu 1.20 M.** Die Waren wurden rasch abgesetzt. Aber bald gewannen radaulustige junge Leute die Oberhand und es kam zu **Raub und Plünderung**. Ankommende Bauernwagen und Obstkarren wurden mit Hurra in Empfang genommen. Im Nu waren die Pferde ausgespannt und das Entladen der Wagen begann. Im weiten Bogen flogen Obstkörbe unter die Menge, die rasch ergriffen und in Seitenstraßen getragen wurden. Andre Körbe wurden umgestülpt und Kirschen und Erdbeeren im Werte von vielen Tausenden zertreten. Händler, die sich zur Wehr setzten, wurden blutig geschlagen. Viele Fuhrwerke fing man unterwegs auf der Chaussee nach Biebrich und Wiesbaden ab. Zuletzt wurde alles der Konfiskation. Später besuchte diese Menschenmenge auch den Kleintiermarkt und raubte Gänse, Enten, Tauben und Hasen. Die Polizei versuchte einzuschreiten und verhaftete auch ein paar Radaubrüder, die sie in den Gefangenenwagen sperrte. Die Menge stürmte aber den Wagen, befreite die Gefangenen und stürzte den Wagen in den Rhein.

W. **Frankfurt a. M.**, 26. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Gestern fand hier eine große **Hausfrauenprotestversammlung gegen die hohen Obstpreise** statt. Die Redner, die verlangten, daß die Frauen in einen organisierten Käuferstreik eintreten sollten, fanden stürmischen Beifall. In einer Entschließung wurde verlangt, daß die Regierung **Richtpreise** festsetze und daß **staatliche Obstkontrolleure** angestellt werden sollen.

W. **Dortmund**, 26. Juni. (Eig. Drahtbericht.) **Der Magistrat sandte an alle Regierungsstellen ein dringendes Telegramm mit der Mitteilung, daß in der Bevölkerung eine Erbitterung über die hohen Obst- und Gemüsepreise herrsche, sofortige Abhilfe sei dringend erforderlich.** Er bittet mit allem Nachdruck und größter Beschleunigung um wirksame Einwirkung auf die zuständigen Stellen zur energischen Bekämpfung der wucherischen Ausbeutung von Gemüse und Obst.

*

In Norddeutschland

In **Oldenburg** versammelte sich am Freitag vormittag eine große nach Tausenden zählende Menschenmenge auf dem **Pferdemarkt** und zog von dort truppweise durch die Geschäfte und stellte an die Geschäftsinhaber die Forderung, die **Preise für Lebensmittel, Schuhwaren und Konfektionssachen** um ein Drittel herabzusetzen. Eine Kontrollkommission werde in kurzer Zeit die Geschäfte wieder kontrollieren und zu Zwangsmaßnahmen greifen, wenn die Geschäftsinhaber der Aufforderung nicht nachgekommen sein sollten. Der Zug bewegte sich dann zum Marktplatz, wo in Ansprachen zur Ruhe und Ordnung aufgefordert wurde und wobei betont wurde, daß sich diese Demonstration nicht gegen den Lohnabzug und auch nicht gegen die Reichswehr und die Sicherheitspolizei, sondern lediglich gegen die **Wucherpreise** richten. Man verhandelt mit dem Magistrat und mit dem Ministerium über, eventuelle Festsetzung der Preise. Sollte bis zu diesem Sonnabend keine Herabsetzung der Preise erfolgt sein, so soll in den Betrieben die **Arbeit niedergelegt** werden.

Die in **Bremen** ausgebrochenen Lebensmittelkrawalle nahmen besonders in den späteren Nachmittagsstunden in den Vororten **Walle, Gröpelingen, Hastedt und Hemelingen** einen **gewaltigen Umfang** an. Es kam verschiedentlich auch zu **schweren Ausschreitungen** gegen die Sicherheitsmannschaften. In den Vororten hauste die Menge nach Schluß der Arbeitsstunden furchtbar und regelrechte **Plünderungen** setzten ein, die nur stellenweise verhindert werden konnten. Es wurden etwa **50 Verhaftungen** vorgenommen wegen Widerstandes, schweren Hausfriedensbruches, Raubes und Plünderung. Durch Waffenanwendung von Beamten ist niemand verletzt worden.

Staats- und Gemeindefinanzen

Vom Ministerialdirektor im Sächs. Finanzministerium Dr. Hedrich

II.

Von der Uebertragung neuer Aufgaben abgesehen, wird die endgültige Auseinandersetzung zwischen Ländern und Gemeinden über den ihnen vom Reich zu überweisenden Gesamtanteil an Reichseinkommensteuer und Körperschaftssteuer gemäß § 7 flg. des Landessteuergesetzes nach dem Verhältnis dessen zu erfolgen haben, was im letzten Rechnungsjahre (1. April 1919 bis 31. März 1920) an Staatseinkommensteuer und Staatsvermögenssteuer einerseits und den entsprechenden Gemeindesteuern andererseits aufgekommen ist. Daß die hiernach den Ländern und Gemeinden zukommenden Steueranteile zusammen mit denen, was ihnen das Reich sonst noch an Erbschaftssteuer, Grunderwerbsteuer- und Umsatzsteueranteilen zuweist oder überläßt, nicht ausreichen werden, um die Etats der Länder und Gemeinden zu balancieren, lassen die Etatsentwürfe fast aller Länder und vieler Gemeinden genügt sein, von der Bestimmung in § 6 des Landessteuergesetzes Gebrauch zu machen, wonach die Länder Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb „erheben" und diese Ertragssteuern ganz oder teilweise den Gemeinden (Gemeindeverbänden) überlassen können. Der preußische Staat wird hiernach zur Deckung seines Gleichgewichts im Staatshaushalt den Gemeinden und Gemeindeverbänden zum Teil wieder nehmen müssen, was er ihnen nach der Miquelschen Finanzreform der 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts als eigenste Steuerbasis überlassen hat. Diese Steuerarten auch in Preußen nicht mehr völlig dem Zugriffe der Gemeinden und Gemeindeverbände zu überlassen, dürfte jetzt besonders Anlaß gegeben sein; denn die neue Reichssteuergesetzgebung hat vor allem das Ziel im Auge, möglichst **vollkommene Gleichmäßigkeit in der Besteuerung der gesamten Bevölkerung in Deutschland** herbeizuführen und die sogenannten Steueroasen zu beseitigen, die bisher in einigen Ländern und vielen Gemeinden zum Nachteil der übrigen Länder und Gemeinden bestanden haben.

Dieser Zweck wird wesentlich gefördert, wenn wenigstens das einzelne Land einheitliche Normen für die Erhebung der Grund- und Gewerbesteuern erläßt und damit die Verschiedenheiten beseitigt, die bisher schon innerhalb des einzelnen Landes dadurch bestanden haben, daß jede einzelne Gemeinde in der Ausgestaltung der Grund- und Gewerbesteuer selbständig vorgehen und sich zum Nachteile der Steuerzahler denjenigen Maßstab wählen konnte, der ihr für ihre Gemeindefinanzen am günstigsten erschien. Gerade bei **Realsteuern**, die oft nach recht rohen Merkmalen erhoben zu werden pflegen (Anzahl der Arbeiter eines Unternehmens, Größe des von dem Gewerbes in Anspruch genommenen Raumes usw.), ist eine derartige Selbständigkeit und Willkür der Gemeinden und Gemeindeverbände in der Veranlagungsmodalität, die vielfach keinerlei Rücksicht auf den Ertrag des Steuerobjektes nimmt, von unheilvollster Wirkung. Wenn nun auch das Landessteuergesetz selbst in § 8 Absatz 2 und § 9 zuläßt, daß die Steuern vom Grundvermögen und Gewerbebetrieb ohne Rücksicht auf den Ertrag nach den bloßen Merkmalen des Wertes oder des Umfanges des Steuerobjektes erhoben werden und Besteuerungsmerkmale, die auf die Berücksichtigung der persönlichen Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen abzielen, nicht zugrunde gelegt werden sollen, so dürfte, um die geschilderten Nachteile zu vermeiden, für die Länder doppelter Anlaß geboten sein, die Grund- und Gewerbesteuern in dem Sinne zu vereinheitlichen, daß für sie Landesgesetze geschaffen werden, die die Erhebung dieser Steuern ausschließlich nach jenen rohen Merkmalen unmöglich machen und insbesondere beim Gewerbebetriebe die **Mitberücksichtigung des Ertrages**, der in § 8 Absatz 2 des Landessteuergesetzes als mögliches Besteuerungsmerkmal ausdrücklich mitgenannt ist, besonders vorschreiben.

Bei der Grundsteuer wird der Ertrag des Grundstücks, falls man der Bewertung der Grundstücke die Vorschriften in §§ 153 flg. der Reichsabgabenordnung zugrunde legt, ohnehin ausreichend Berücksichtigung finden. Eine solche Berücksichtigung des Ertrags würde nur den Grundsätzen steuerlicher Gerechtigkeit entsprechen. Denn letzten Endes werden doch auch die Realsteuern aus dem Ertrag des Steuerobjektes entrichtet, wenn anders dessen Wert durch die Steuer nicht mit der Zeit aufgezehrt werden soll. Auch das bayrische Gewerbesteuergesetz vom 14. August 1910 in der Fassung vom 17. August 1917 berücksichtigt bei der Erhebung der Gewerbesteuer neben dem Betriebskapital den Ertrag des Gewerbes. Vom Werte des Betriebskapitals, soweit er in barem Geld, Wertpapieren, gewerblichen Außenständen und dergleichen besteht, und von dem Hilfslohnwert der Roh- und Hilfsstoffe und der zum Verkauf bestimmten Vorräte an Erzeugnissen und Waren dürfen die aus der Inanspruchnahme von Warenbezugskredit oder Bankkredit sowie alle sonstigen unmittelbar aus dem laufenden Geschäftsbetriebe herrührenden Kapitalschulden abgezogen werden. Der Veranlagung nach dem Ertrag wird der gewerbliche Reinertrag zugrunde gelegt, der im wesentlichen unter entsprechender Anwendung der für die Ermittlung der Einkünfte aus dem Gewerbebetrieb maßgebenden Vorschriften des Einkommensteuergesetzes festgesetzt wird. Eine solche Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des einzelnen Gewerbebetriebs dürfte nicht im Widerspruch mit § 9 des Landessteuergesetzes stehen, da nach dieser Bestimmung zwar Besteuerungsmerkmale, die auf die Berücksichtigung der persönlichen Leistungsfähigkeit abzielen, nicht zugrunde gelegt werden dürfen, die Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Gewerbebetriebs aber damit nicht hat ausgeschlossen werden sollen.

Ob das einzelne Land die Besteuerung des Gewerbebetriebs nach dem Vorbilde des sonstigen Ge-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200627/1